

Vossische



1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zweifach wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“; Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeithilder“ und „Literarische Umschau“; — Mittwoch: „Reise und Wanderung“; — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1.-Mark, monatlich 4,50 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: am-Zeile 30 Pfennig, Familien-Anzeigen am-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag: Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur: (im Ausw.) Handeltst.: Carl Misch, Berlin, Uovar. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegend.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhofs (A 7) 9680-9685 für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3604-3606. Telegramm-Adresse: Ullsteinabau, Berlin. Postcheckkonto Berlin 680.

Politisches Attentat in Warschau

Auf ein Mitglied der Sowjet-Gesandtschaft

Drabmeilung

Warschau, 4. Mai

Heute Abend wurde um 6 Uhr 15 Min. in Warschau in der Warschauer-Straße auf ein Mitglied der Sowjet-Gesandtschaft, Bizareff, der im Auto verleschert, von einem russischen Emigranten in ein Revolverattentat verurteilt. Der Täter feuerte zwei Revolvergeschosse ab. Bizareff erhielt einen Streifschuss am Hand und Schwellungen am Kopf infolge der Glassplitter.

Bizareff befand sich in demselben Auto sofort zum Amt. In Gesellschaft Bizareffs befand sich auch ein anderes Mitglied der Sowjet-Gesandtschaft, Watsonoff. Der Sowjet-Geleitsmann in Warschau, Bogomoloff, ist gegenwärtig abwesend. Der Täter wurde verhaftet, er heißt Schischkoff, ist ein Schüler der russischen Emigrantenbewegung in Polen, und ein Bruder des Herausgebers der Emigrantenzeitschrift „Ruh-Brech“.

In einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum, hat zum zweiten Male ein russischer Emigrant in Warschau die Waffen gegen einen diplomatischen Vertreter Sowjetlands erhoben. Die Ermordung des Vorgängers des jetzigen Geleiteten Bogomoloff, der dem Warschauer Bahnhof von einem Emigranten erschossen wurde, führte seinerzeit zu einem schwierigen politischen Konflikt, dessen Folgen leicht hätten übersehbar werden können. Obwohl heute damals in beinahe ultimativer Form die Forderung an die polnische Regierung, mit aller Schärfe gegen die antipolitischen Emigranten-Elemente auf polnischem Boden vorzugehen. Durch die diplomatische Geschicklichkeit des Warschauer Außenamtes gelang es noch einmal, den Konflikt beizulegen und die zeitweise de facto unterbrochenen diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern wiederherzustellen.

Welche Folgen das neue Attentat, das glücklicherweise Menschenleben getötet hat, haben wird, läßt sich im Augenblick noch nicht sagen, doch muß selber damit gerechnet werden, daß mitdiesem eine neue schwere Beunruhigung im Verhältnis zwischen Polen und Ausland Platz greift, da angeht die Verhältnisse, das jetzt innerhalb eines Jahres bereits das zweite Attentat erfolgt ist, wahrscheinlich die Warschauer Regierung ihre Forderungen auf härteres Vorgehen gegen russische Emigranten wieder aufnehmen wird.

Wahlaufrufe

Von

Dr. Heinrich Besthof, Stabscheftraktant in Gensauf am Rhein

Wenn ich die Wahlaufrufe der verschiedenen Parteien lese, dann greife es mir wie jenem röstlichen Beien, der bei der Letztzeit einer Todesanzeige in seiner Zeitung jubelnd aufzulegen pflegt: „Nun muß ich wieder meinen, daß ich diesen oder jenen Parteiführer nicht gekannt habe.“ Denn man alle Wahlaufrufe aller Parteien gelesen hat, so muß es wie ein tiefes Rätsel erscheinen, warum wir eigentlich in Deutschland nicht längst wie im Skandinavien leben.

Welchem politischen Bewegten Deutschen, der etwas von der politischen Situation der anglikanischen Parteien versteht, seinen Blick auf deutsche Wahlaufrufe richtet, wäre nicht schon einmal der Gedanke gekommen, daß bei einer Vereinigung der Parteienlandkarte nicht auch mit anderen die Demokratische Partei sich in eine Linie einzeichnen würde? Denn die demokratische Partei ist in der politischen Situation der anglikanischen Parteien nicht gekannt. Denn dies Ziel eine Aufgabe der „politischen Erneuerung“ sein könnte, so ist mir im Kampf um die Seele klar geworden, daß der Zeitpunkt dafür jedenfalls noch weit entfernt ist, und daß gerade in der deutschen Kulturpolitik die Demokratische Partei noch eine große geschichtliche Aufgabe zu erfüllen hat.

Nun mit dem Amtspolitischen so klar geworden ist, so eben darum, weil das mein „Komplex“ ist; ich weiß nicht, daß andere auf ihren eigenen Gebieten ähnlich empfunden haben. Es muß sein, denn das Kulturpolitische ist ja doch ein wichtiger Bestandteil in das ganze Gemisch der Aufgaben. Am härtesten mit dem Gedanken des Einheitsstaates, dem ja dieselbe Idee der deutschen Volksgemeinschaft zugrunde liegt, wie eben auch dem Ideal der freien und einheitlichen deutschen Schule. Das diese Ideal weiterhin einmüßigen Sozialen Gedankens, wie auch die abgezogen sein muß von harten wirtschaftlichen Aufschwüngen, ist ebenso klar und tritt in harten Werten im Auftrag der Partei heraus.

Aber es sollte ja nicht von Beeinträchtigungen die Rede sein, sondern von Klärungen. Und bei befindet sich der wichtigste Bereich der demokratischen Kulturpolitik in der angelegentlichsten Lage. Denn das wird doch wohl niemand ernstlich betreten wollen, daß es die Demokratische Partei und ihre zielbewußten und auf je hoher geistiger Linie kämpfende Führungskräfte sein. Die uns vor dem kulturellen und volksgemeinschaftsbedingenden Entwurf des Herrn von Keudell bewahrt hat. Damit ist sie nicht nur ihrer klaren Tradition treu geblieben, sondern sie hat auch ihre unbedingte Erziehungsbereitschaft gegenüber dem harten Nachbarkampf bewahrt. Denn die Demokratische Partei, die ununterbrochenem Brodem sein und der nur zu deutlich zeigte, daß sie nicht wußte, was sie wollte, oder, vielleicht richtig, nicht zu wollen wußte, was sie eigentlich wollte, was wenigstens die Geistesigen in ihren Reihen wollten. Es muß mir also auch in Zukunft die Mühen werden, ob sie nicht doch einmal eine kulturell-politischen Grundfrage hinter „reellerer“ geistlichen Mühen wird zurückstellen wollen oder müssen. Der Sozialdemokratie aber, weil sie in unvollständiger Ideologie drauf und drauf mit, der Medien Freiheit zu tun, daß sie der sozialistischen „Wahlaufrufe“ entgegensteht, die die Demokratie anbietet. Es ist keine Frage, daß große Teile der Sozialdemokratischen Partei, im besonderen gerade die kulturpolitischen Interessierten, und vor allem die im „Wachen“, aber das nachsteigende Schanze der Demokratie hinausweisen, aber das Dinge sind die noch klar in der Gedächtnis, und im Zweifel zwischen orthodoxer Theorie und geschäftlicher Einflucht.

Beiden Nachbarn also ist die kleinere Demokratische Partei in ihrer unbedingten kulturpolitischen Stellung ein notwendiges und hiesiges Mitglied gewesen. In dieser Stellung, die hart ist durch das ganz harte und unbedingte Festhalten an der Idealität des Geistes, wie zugleich durch die ganz unbedingte und umfassende Anerkennung der Realität des Gegebenen. Dieser Realität die mit dem ganzen Leben auch die unbedingte Geduld ganz in sich bezieht. Das eben ist der Sinn echter Fortschrittliberalität, daß er das Bedenken im Geworbenen ebenso bejaht, wie das werdende Leben. Niemand wird bei dieser Fassung des Geschichtlichen an Bereicherung verwehrt. In der Demokratie denken. Aber wie ungeheuer lebendig ist die große heilige Idee, die die Demokratie bejaht, die in tragischer Ambition sich durch die ganze deutsche Geschichte ringt. Der aber von dem Geistesigen her, von wo er ausging und hiesig und immer ganz in sich bezieht, verwerflich werden müssen, wenn er überhand nehmen werden will. Und je unbedingter ist hier vor allem auch mit dem geschichtlichen der anglikanischen nationalen Gefühl der demokratischen Kultur- und Schulpolitik: denn die Mühe zwischen den sozialen Gebieten zu verhalten, ist die Mühe, die in der Geschichte liegt. Wille eines Teils der Rechten, und während das Ergebnis der Politik der weiter links Gedankens gemessen. Die wahr-

Heidelbergers großer Tag

Ehrenpromotion Strefemann — Schürman

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

Heidelberg, 4. Mai

In der Aula der Heidelberger Universität erfolgt morgen mittag die feierliche Promotion des Reichsaussenministers Dr. Strefemann zum Doktor der Staatswissenschaften und des Vizepräsidenten der Reichsämter in Berlin, Schürman, zum Ehren doctor der Philosophie.

Nach der Begrüßung durch den Rektor erfolgt die Ueberreichung der Diplome durch den Dekan Prof. A. Dreier. Sowohl Strefemann wie Schürman werden auf die Anträge des Dekans antworten. Wie man hört, will der Reichsaussenminister über

„Neue Wege der internationalen Verständigung“ sprechen. Auch der Reichsminister Schürman soll die Rede halten. In seiner Rede soll eine politische Note analysieren und auf den Antikriegs-Pakt eingehen, den Amerika vorgeschlagen und dem die deutsche Regierung grundsätzlich zugestimmt hat.

Nach der Feier findet im englischen Kreise der philosophischen und staatswissenschaftlichen Fakultät zu Ehren der Neupromovierten ein Festmahl statt.

Heute find Strefemann Begleitung seiner Tochter und Strefemann in Begleitung seiner Gattin in Berlin angekommen. Das Interesse an dieser Feier ist bei den amerikanischen Sozialisten sehr groß. Fast sämtliche Berliner Vertreter der großen amerikanischen Wälder haben sich in Heidelberg angemeldet. Sie wollen sich am Sonntag nach Schwetzingen zur Beerdigung des dortigen Schlosses begeben.

England und der Antikriegs-Pakt

Der Plan der Juristen-Konferenz

Drabmeilung

London, 4. Mai (B. Z. B.)

Zu den Meldungen, wonach die englische Regierung den Gedanken begünstigt, eine Juristenkonferenz einzuberufen, die mit einem Kriegsaussetzungspakt nach amerikanischen Vorbild verknüpfen Fragen zu prüfen hätte, erklärt Reuters, daß man im Laufe des auf dem gegenwärtigen diplomatischen

Wege verlassenen Gedankenanstosses die Gelegenheit nutzen können habe, sich über die Auffassung der verschiedenen interessierten Mächte orientieren zu verhoffen. Es wurden dabei verschiedenen Arten der Verhandlung in Vorschlag gebracht, darunter auch der oben erwähnte Gedanke. Die englische Regierung ist aber aus vielerlei Gründen, zu denen auch die Notwendigkeit gehört, die Ansicht der Dominanten einzuhaken, noch nicht zu einmütiger Mehrheit darüber gelangt, welcher der vorgeschlagenen Wege am ehesten verfahren zu dem erfolgreichsten Mittelweg zu führen, den Großbritanniens gemeinsam mit den anderen interessierten Mächten je autorität herbeizuführen.

Neue Schiedssprüche in der sächsischen Metallindustrie

Die vom Reichsaussenminister von Amts wegen eingesetzte neue Schlichterkommission für die Lohnstreit in der sächsischen Metallindustrie unter dem Vorsitz des Bundesgerichtspräsidenten Sauer hat gestern nicht für den Bereich des Bergbau sächsischer Metallindustrie und des Metallgewerbes der Metallindustrie Sachgen zwei neue Schiedssprüche gefällt, durch die der Spitzenlohn um sechs bzw.

fast auf 18 Pfennige erhöht werden ist. Die Entlassungsfrist über die Abnahme oder Ablehnung dieser Schiedssprüche läuft bis Dienstag, den 8. Mai. Die Verhandlungen im Lohnstreit der Leipziger Metallindustrie konnten noch nicht zu Ende geführt werden und werden deshalb auf heute vormittag 10 Uhr vertagt. Es ist zu hoffen, daß nun auch eine Einigung mit den Leipziger Industrie- und Arbeitsnehmern erfolgen wird, damit auf diese Weise auch der große Lohnstreit in einer der bedeutendsten deutschen Industrie- der schon über vier Wochen dauert und durch den ungefähr 100.000 Arbeiter ausgepreßt wurden sind, ein Ende findet.